

AUSGABE VOM 31. MÄRZ 2023

Wohngeld Plus-Chaos: Ämter auch in der Region weiter am Limit

Durch das neue Wohngeld-Gesetz steht viel mehr Menschen Geld zu. Wie bei der Verabschiedung des Gesetzes im November 2022 mit nur kurzer Vorlaufzeit für die Kommunen befürchtet: Die Antragsflut führt teils zu einer massiven Überlastung der Ämter, auch in der Region. Daher hat sich CDU-MdB Michael Breilmann am Donnerstag direkt an die Bundesregierung gewandt und in einer Schriftlichen Frage diesbezüglich nachgehakt: Welche Informationen hat der Bund über Schwierigkeiten bei der praktischen Umsetzung des „Wohngeld Plus“ Gesetzes und wie soll bei künftigen Wohngeldnovellen eine Überforderung der Wohnämtern „mit überlangen Bewilligungszeiten für Wohngeldberechtigte in Kommunen wie Castrop-Rauxel und Bochum von sogar fünf Monaten oder länger“ vermieden werden? Schriftliche Fragen werden binnen einer Woche nach Eingang beantwortet und veröffentlicht.

CDU/CSU-Kommunalgipfel zur Asyl- und Flüchtlingspolitik

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion hat am Donnerstag im Paul-Löbe-Haus des Bundestages mit Kommunal- und Landespolitikern aus der ganzen Republik über aktuellen Herausforderungen der Asyl- und Flüchtlingspolitik gesprochen. Der Einladung zum Kommunalgipfel waren über 300 Vertreter aus Städten, Gemeinden und Ländern gefolgt, darunter Bürgermeister, Landräte und Landesinnenminister. Am „offenen Mikrofon“ schilderten diese die Lage vor Ort. Immer mehr Menschen suchen in Deutschland Schutz vor Krieg und politischer Verfolgung. Doch die Aufnahmekapazitäten stoßen an ihre Grenzen. Vielerorts sind sie überschritten, wie Hilferufe aus Kommunen und Bundesländern zeigen. Dort mangelt es nicht nur an kurzfristigen Unterbringungsmöglichkeiten und langfristig nutzbarem Wohnraum, sondern auch an Schulen und Kindergärten.



Starke Stimmen aus der Region: CDU-MdB Michael Breilmann bekam beim CDU/CSU-Kommunalgipfel u.a. Unterstützung durch Bürgermeister Carsten Wewers aus Oer-Erkenschwick. (Foto: privat)

Unions-Fraktionschef Friedrich Merz versprach den Anwesenden, die CDU/CSU-Fraktion wolle „zuhören und gemeinsam mit Ihnen nach Lösungen suchen“. Man werde sich auch zusammen mit der Regierung um Abhilfe bemühen. Denn die steigende Zahl der Migranten bringe das Land „an die Grenzen dessen, was die Gesellschaft noch bereit ist zu akzeptieren“. Es gehe nicht allein ums Geld, sondern auch darum, Humanität vor Ort noch zu ermöglichen. Die CDU/CSU tritt für Humanität und Ordnung in der Asyl- und Flüchtlingspolitik ein. Ein

gleichnamiges [Positionspapier](#) wurde auf der Veranstaltung vorgestellt. Von der Koalition erwartet die Union, dass sie keine Anreize für eine zusätzliche Migration nach Europa setzt. Wichtig ist der Fraktion, dass Menschen ohne Bleiberecht in ihre Heimatländer zurückgeführt werden. „Wir wollen gemeinsam praxisorientierte Ideen entwickeln, wie der Bund unsere Kommunen bestmöglich in der aktuellen Situation unterstützen kann. Diese Ideen werden wir als Opposition anschließend mit einem Antrag in den Deutschen Bundestag einbringen“, teilt der CDU-Bundestagsabgeordnete Michael Breilmann im Anschluss an die Veranstaltung in Berlin mit.

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Freunde,

König Charles III. sprach während seines Staatsbesuchs am Mittwoch im Bundestag. Er betonte in seiner historischen Rede seine tiefe Verbundenheit mit Deutschland



und den Wunsch, die Freundschaft beider Länder zu erneuern. Der britische Humor kam auch nicht zu kurz, aber auch ernste Themen wie der russische Angriffskrieg sprach der Monarch an. Auch wenn er gelegentlich ins Englische wechselt, hält er seine Rede vor allem auf Deutsch – eine ganz bemerkenswerte Geste.

Was die übergroße Mehrheit als bedeutendes völkerverbindendes Symbol begreift, scheint für die LINKE eine Zumutung. Monarchien seien „im Grunde Diktaturen mit mehr historischem Lametta“, hörte man im Vorfeld aus der Partei. Einen König ins Herz der Demokratie zu holen, sei „hochgradig geschichtsvergessen“. Als PR-Gag ausgerechnet Großbritannien, das einen großen Beitrag zur Befreiung Europas vom Nationalsozialismus geleistet hat, als „Diktatur“ abzukanzeln, weil es von einem König repräsentiert (nicht regiert!) wird, ist absurd und megapeinlich. Für mich ist dieser Besuch ein gutes Zeichen für die Freundschaft unserer Nationen und ein Zeichen der Annäherung nach dem Brexit. NRW und England verbindet nicht nur die Vergangenheit seit der Gründung unseres Landes, sondern eine enge Freundschaft.

In diesem Sinne: Schöne Osterfeiertage!

Ihr

Michael Breilmann

Bundestagsabgeordneter für den Wahlkreis Recklinghausen I



Bundestag debattiert Rückführungsantrag der Union

Der Bundestag beriet am Mittwoch einen [Antrag](#) der CDU/CSU-Bundestagsfraktion mit dem Titel „Abschiebepflichten konsequent durchsetzen“. Obwohl sich Deutschland in einer akuten Flüchtlingskrise befindet, ergreife Innenministerin Faeser weder Maßnahmen, um illegale Migration nach Deutschland zu unterbinden, noch nimmt sie Maßnahmen in Angriff, um die völlig unbefriedigende Situation bei den Abschiebungen zu verbessern, kritisiert auch CDU-MdB Michael Breilmann: „Seit über einem Jahr verspricht die Ampel ihre angebliche Rückführungsoffensive, passiert ist nichts. 2022 wurden 40 Prozent weniger ausreisepflichtige Personen in ihre Heimat zurückgebracht als noch vor der Corona-Pandemie. Sogar Straftäter und Gefährder werden kaum noch zurückgeführt. Rückführungen sind wichtig für die Akzeptanz des Asylsystems. Diese schwindet aber zusehends, wenn gleichzeitig die Kommunen mit der Versorgung der Migranten nicht mehr hinterherkommen. Die Täuschung unserer Behörden über Herkunft und Identität darf nicht noch belohnt werden, so wie es die Koalition plant.“ Der Antrag wurde nach der Aussprache an den Innenausschuss überwiesen.

Fridtjof-Nansen-Realschule besucht die Hauptstadt



Die Abschlussfahrt der 10. Klasse der Fridtjof-Nansen-Realschule in Castrop-Rauxel führte in die Hauptstadt. Dort waren die Schülerinnen und Schüler sowie die begleitenden Lehrkräfte am Mittwoch auch zu Gast im Bundestag. Nach einem Info-Vortrag auf der Tribüne des Plenarsaals zur Parlamentsgeschichte stand eine Diskussion mit CDU-MdB Michael Breilmann auf dem Programm. „Die Schule liegt mir sehr am Herzen“, so Breilmann, „2012 konnte ich ja am erfolgreichen Bürgerentscheid zum Erhalt dieser Schule mithelfen, nachdem SPD und Grüne die Schließung wollten. Vielen Dank für Euren Besuch und die spannenden Diskussionen. Mir ist es ein großes Anliegen, gerade jungen Menschen Politik und Demokratie "greifbar" zu machen. Denn wir müssen uns immer wieder bewusst sein, dass Demokratie Engagement benötigt und nicht vom Himmel fällt“, so MdB Breilmann. (Bild: Privat)

Lebenshilfe Dorsten zu Gast im Deutschen Bundestag



Die Musikgruppe "Handgemacht" der Lebenshilfe Dorsten besuchte am Montag den Bundestag und traf sich mit dem CDU-Bundestagsabgeordneten Michael Breilmann. Seit dem Beginn der Lebenshilfe in Dorsten 1965 hat sich der Verein zu einer starken Interessensvertretung für Menschen mit geistiger Behinderung und ihre Angehörigen entwickelt. Die Lebenshilfe macht sich stark für die Rechte und Förderung in allen Lebensbereichen, um die Selbständigkeit und Mitbestimmung der Menschen mit geistiger Behinderung zu fördern. MdB Michael Breilmann: „Mit großer Freude habe ich die Gruppe empfangen und mit ihnen über Politik diskutiert. Der Auftritt der Trommlergruppe beim Parlamentarischen Abend der Lebenshilfe in der NRW-Landesvertretung war große Klasse!“ (Bild: Privat)

Union beschließt Klage gegen Wahlrechts-Reform

Die CDU/CSU-Fraktion wird gegen das von der Ampel beschlossene Wahlrecht klagen. Der Bundestag hatte mit den Stimmen von SPD, Grünen und FDP die Systematik des Wahlrechts geändert. So sollen nicht mehr alle Erststimmengewinner der 299 Wahlkreise in den Bundestag einziehen. Entscheidend ist, wie das Zweitstimmenergebnis der Parteien ist. Zudem wurde die sogenannte Grundmandat-Regel abgeschafft. Die Abgeordneten beschlossen am Dienstag einstimmig eine Normenkontrollklage beim Verfassungsgericht in Karlsruhe. „Ich habe eine entsprechende Vollmacht für unseren Justiziar unterzeichnet. Wir werden auch einen Antrag auf eine einstweilige Anordnung gegen das Inkrafttreten der Wahlrechtsreform stellen“, so CDU-MdB Michael Breilmann im Anschluss an die Abstimmung.

Impressum:

Ausgabe Nr. 27 der 20. Wahlperiode

31. März 2023

Herausgeber:

Bundestagsbüro M. Breilmann

Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Tel.: 030/ 227-72555

Email:

michael.breilmann@bundestag.de

Redaktion/ V.i.S.d.P.:

M. Breilmann MdB/H. Häßler